



## **Solidarische Sozialversicherung erhalten und stärken**

### **Gemeinsames Positionspapier DGB Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und SoVD-Landesverband Niedersachsen**

Der DGB-Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und der SoVD-Landesverband Niedersachsen verfolgen die Auswirkungen der globalen Finanzkrise mit großer Sorge. Ausgelöst durch kurzfristige, ausschließlich renditeorientierte Anlagestrategien und weltweit unkontrollierte Finanzmärkte geraten immer mehr Wirtschaftsbranchen in ihren Sog. In zunehmendem Maße sind Arbeit und Einkommen vieler Menschen bedroht. Der SoVD-Landesverband Niedersachsen und der DGB Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt fordern alle Verantwortlichen auf, Zeiten der Unterbeschäftigung und Kurzarbeit gezielt für Qualifizierungsmaßnahmen im sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis zu nutzen, um gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorzugehen. Sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu erhalten, stabilisiert die sozialen Sicherungssysteme.

Die Krisenentwicklung in Niedersachsen zeigt, dass ein ungezügelter freier Wettbewerb mit einseitiger Profitmaximierung keine Alternative zu einer sozialstaatlichen Ordnung darstellt, die Solidarität und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen zum Ziel hat. Die Sozialversicherungssysteme der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sind wesentliche Stützpfeiler unserer sozialstaatlichen Ordnung. Sie tragen entscheidend zum Erhalt sozialer Stabilität und des sozialen Friedens bei und haben sich auch unter schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bewährt. Die solidarische Sozialversicherung stellt eine bezahlbare Absicherung gegen die großen Lebensrisiken Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit dar. Eine private Absicherung würde den Einzelnen überfordern.

Vor diesem Hintergrund bekräftigen DGB und SoVD ihre Grundsätze und Forderungen zum Erhalt der sozialen Sicherungssysteme, deren Stärkung und Weiterentwicklung:



## Grundsätze der sozialen Sicherungssysteme

1. Wir begreifen die aus der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bestehende Sozialversicherung als solidarischen Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken, Jungen und Alten, Kindern und Familien und von finanziell Stärkeren zu finanziell Schwächeren.
2. Der Grundsatz der paritätischen Finanzierung (d.h. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen jeweils die Hälfte) macht die Verantwortung der Arbeitgeber für die Arbeitswelt deutlich und fördert deren Interesse an Prävention.
3. Die Mitversicherung aller Familienmitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, die kein eigenes Einkommen haben, ist Merkmal der solidarischen Absicherung.
4. Das Sachleistungsprinzip gewährleistet, dass Versicherte Leistungen der Ärzte und sonstiger Leistungserbringer in Anspruch nehmen können, ohne in Vorleistung treten zu müssen. Dieses Prinzip wird durch die Wahl- und Zusatztarife zunehmend ausgehöhlt.
6. Die paritätisch aus Vertretern der Versicherten und Arbeitgebern zusammengesetzte Selbstverwaltung besitzt für uns eine große Bedeutung. Durch sie wird der Einfluss des Staates im Bereich der sozialen Sicherung weitgehend auf die Festlegung der Rahmenbedingungen begrenzt.
7. Die Trennung zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung ist willkürlich, privilegiert Besserverdienende und benachteiligt Kassenpatienten. Zudem schwächt sie die Finanzierungsbasis des solidarischen Systems der Krankenversicherung.
8. Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung genießt großes Vertrauen und Akzeptanz bei Versicherten, Rentnerinnen und Rentnern.



9. Die gesetzliche Rentenversicherung unterscheidet sich durch den zusätzlichen Anspruch auf Rehabilitation und Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrente wesentlich von der privaten Altersvorsorge.

10. Die soziale Absicherung im Fall der Arbeitslosigkeit in der Arbeitslosenversicherung trägt zur Sicherung des gesellschaftlichen Friedens bei und hat sich bewährt.

11. Vor dem Hintergrund einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft ist die soziale Pflegeversicherung unabdingbarer Bestandteil zur Absicherung bei Pflegebedürftigkeit und Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen und würdevollen Pflege.

### **Forderungen zur Stärkung und Weiterentwicklung**

SoVD und DGB lehnen alle weiteren Versuche zur Privatisierung der sozialen Risiken ab, nämlich

- die gesetzliche Rentenversicherung zu schwächen und private, alleine von den Versicherten zu zahlende Versicherungen zu stärken,
- Leistungen aus der Kranken- und Pflegeversicherung ausgliedern und über private Versicherungen und Zuzahlungen allein den Versicherten aufzuerlegen,
- Einschnitte und Verschärfungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, insbesondere ALG II, vorzunehmen.

DGB und SoVD treten für die Umgestaltung der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung ein. In ihr sollen alle Menschen versichert sein und sichergestellt werden, dass alle Menschen eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung erhalten.



Die vom Bundestag beschlossene schrittweise Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre wird entschieden abgelehnt. Sie ist mit der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation der Älteren nicht vereinbar und führt zu einem erhöhten Risiko von Einkommenseinbußen und Altersarmut. Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus gefährdet die Akzeptanz und Legitimation der gesetzlichen Rentenversicherung als Pflichtversicherung und schwächt damit die Solidargemeinschaft.

SoVD und DGB wollen die solidarische Absicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in der gesetzlichen Rentenversicherung stärken und Sicherungslücken weitgehend vermeiden. Dazu müssen weitere Personenkreise in den Schutzbereich der gesetzlichen Rentenversicherung aufgenommen werden und eine Mindestsicherung für langjährig Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung eingeführt werden. Deshalb treten wir für die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ein. Ein gemeinsames Konzept für die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung haben SoVD und DGB bereits vor längerem vorgelegt.